

Nicht nur ein Thema der Bundespolitik

Die Debatte um die Verlagerung behördlicher Einrichtungen ist auch in den Ländern angekommen. Und es ist nur ein Schlachtruf gegen Wien. Ein Blick in jene Bundesländer, in denen heuer gewählt wurde.

Gastkommentar

Von Peter Busjäger

Das Bestreben der Länder, staatliche Einrichtungen, die derzeit in der Bundeshauptstadt angesiedelt sind, in die Regionen zu verlagern, ist bekannt. Im Nationalratswahlkampf vom Herbst 2017 wurde medial sogar das Verdikt vom Kampf gegen das „rote Wien“ aus der Zwischenkriegszeit bemüht, als sich das sozialdemokratisch dominierte Wien und das konservative ländliche Umfeld Österreichs feindselig gegenüberstanden.

Im Regierungsprogramm finden sich nur spärliche Hinweise, dass das offenbar auch innerhalb der Regierungsparteien nicht ganz unumstrittene Vorhaben, wofür paradigmatisch die Umsiedlung des Umweltbundesamtes nach Klosterneuburg steht, in der laufenden Legislaturperiode tatsächlich umgesetzt wird. Blickt man dagegen nach Europa, dann zeigen Beispiele aus Skandinavien und Bayern, dass es sich bei der Verlagerung von Behörden um einen neuen Trend handelt.

Spannungsfeld zwischen Stadt und Peripherie

Wer die Verhältnisse in den Ländern kennt, weiß, dass das Spannungsverhältnis zwischen urbanen Räumen und peripheren ländlichen Gegenden längst nicht nur in der Beziehung von Wien zu seinem Umfeld besteht. Man denke an die Funktion der Zentren wie Graz, Linz, Innsbruck und Salzburg, die ebenfalls von einer starken Urbanisierung geprägt sind, während der ländliche Raum mit Strukturschwächen und Abwanderung zu kämpfen hat. Und in Vorarlberg liegen Stadt und Land sogar auf kleinstem Raum nebeneinander.

Die Landtagswahlen in Niederösterreich, Tirol und Kärnten brachten nun bekanntermaßen klare Wahlsteige der Landeshauptleute. Doch inwieweit war das Thema Stadt und Land in den Landtagswahlkämpfen überhaupt präsent? Handelt es sich lediglich um ein Anliegen, mit dem die Länder gegenüber der Bundespolitik punkten wollen? Was nun zu erwarten ist, offenbart ein Streifzug durch die Wahlprogramme in den Ländern.

Zum Autor

Prof. Peter Busjäger



ist Universitätsprofessor in Innsbruck. Er leitet dort das Institut für

Föderalismus. Er ist zudem Forschungsbeauftragter für Recht am Liechtenstein-Institut in Bendern. Im Auftrag des Landwirtschaftsministeriums erstellte das Institut für Föderalismus im Vorjahr eine Studie zu „Dezentralisierungspotenzialen in der Bundesverwaltung“.

Foto: WZ/Hämmerle

Tirol: Kompetenzzentren und Cluster

Das Wahlprogramm der ÖVP Tirol enthielt ein eigenes Kapitel „ländlicher Raum“. Unter der Überschrift „gleichwertige Lebenschancen in allen Teilen des Landes sicherstellen“ werden eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung des ländlichen Raums avisiert. Nicht überraschend setzt sich die ÖVP Tirol eine „Dezentralisierung der Verwaltung und Fortbildung der Verlagerung von Bundesbehörden von Wien in die Bundesländer“ zum Ziel.

Gleichzeitig soll es zur „Ansiedlung von Kompetenzzentren und Clustern in den Regionen“

kommen. Daraus lässt sich durchaus ableiten, dass auch Einrichtungen des Landes Tirol selbst aus Innsbruck verlagert werden können.

„Weil es kein Tirol der zwei Geschwindigkeiten geben darf“, fordert auch das Wahlprogramm der SPÖ Tirol eine Stärkung des ländlichen Raums mit einer „Dezentralisierung zur Stärkung der ländlichen Regionen“, Behörden sollen aus dem Zentralraum in die Peripherie verlagert werden. Schließlich griffen auch die Neos das Thema der Stärkung des ländlichen Raums auf, allerdings mit dem Fokus auf die Erschließung aller Landesteile mit Breitbandtechnologie.

Niederösterreich: Dezentralisierung und Digitalisierung

Niederösterreich verfolgte unter Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner bereits bisher eine Dezentralisierungsoffensive, mit der in einem ersten Schritt 500 Arbeitsplätze ausgelagert werden sollen. Auch im Wahlkampf war die Stärkung des ländlichen Raums Thema: Das Wahlprogramm der SPÖ will einen Ausbau der staatlichen Serviceeinrichtungen auf Gemeindeebene. Der ländliche Raum soll jedoch interessanterweise durch „starke Stadtregionen“ aufgewertet werden. Die FPÖ präsentierte dagegen einen „Fünf-Punkte-Plan

zur Stärkung des ländlichen Raums“, in welchem allerdings von einer Verlagerung von Behörden nicht die Rede ist, wohl aber von Digitalisierung und Breitband sowie einem „revolutionären Steuermodell, wonach Gemeinden im Bereich der Körperschaftsteuer die Möglichkeit haben sollen, diese in einem gewissen Prozentsbereich selbst festzulegen“.

Von Verwaltungszentralisierung ist nicht die Rede, vielleicht auch deshalb, weil die FPÖ auf Bundesebene dem Vorhaben der Behördenverlagerungen eher kritisch gegenübersteht. Digitalisierung kommt auch bei den Grünen in Niederösterreich vor, ebenso wie das Ziel, Abwanderung zu verhindern.

Kärnten: „Schluss mit dem Zentralisierungs-wahn.“

Auch in Kärnten war die Förderung von Randregionen ebenso wie Digitalisierung von Seiten der SPÖ ein Thema. Die FPÖ verlangte unter „Initiativen zur Belebung des ländlichen Raums“ und einen „Schluss mit dem Zentralisierungswahn“, ohne sich freilich näher zu konkreten Dezentralisierungsplänen zu äußern.

Ein Stopp der Abwanderung war in Kärnten begrifflicherweise auch bei anderen Parteien, wie etwa den Grünen, ein wesentliches Thema. Sie forderten unter anderem eine „Regionalisierung von Produktion und Dienstleistung“. Am konkretesten sprach die ÖVP Kärnten das Thema der Dezentralisierung von Behörden an, die durch eine Aufwertung der Gemeinden erfolgen sollte.

Tirol hat das interessante Projekt

Die Stärkung des ländlichen Raums ist keineswegs nur ein Schlagwort, mit dem auf Länderebene versucht wird, Stimmung gegen Wien zu machen. Es hatte auch in den Landtagswahlkämpfen eine Rolle gespielt. Aufgrund verschiedener Interessenslagen von Regierungs- und Oppositionsparteien sind die Vorschläge von unterschiedlicher Radikalität: Die regierenden Parteien wollen sich in der Regel nicht treiben lassen, während die Opposition möglichst konkrete und weitreichende Forderungen erhebt.

Was die Dezentralisierung von Behördenrichtungen betrifft, so steckt auch auf Ebene der Bundesländer die Diskussion noch in den Anfängen und ist außerdem von einem beträchtlichen Pragmatismus geprägt. Das ist noch nichts Schlechtes: Das Vorhaben Niederösterreichs mit seiner Dezentralisierungsoffensive ist ehrgeizig, worin besteht jedoch die dahinterstehende Vision? Demgegenüber wartet etwa Tirol sichtlich noch ab, das Land peilt jedoch mit einer Clusterbildung von Kompetenzzentren das derzeit in Österreich wohl interessanteste Vorhaben an. ■

Diskutieren Sie mit! Entweder unter www.wienzeitung.at/stadtländ oder kommunal@wienzeitung.at



WZ-Montage: Fotolia/mRCB, matrejk